

Die Reichstagswahlen.

Von Dr. Rodde.

(Schluß.)

Freilich gibt es auch Politiker, die um Wahlstimmen buhlen, die nicht direkt zur sozialdemokratischen Partei gehören, aber sich in ihren Anschauungen und Idealen ihr bedenklich nähern, namentlich was die einseitige Berücksichtigung der Arbeiterinteressen und die Verkennung der Bedeutung und berechtigten Ansprüche des Unternehmertums anbelangt. Eine gewisse Scheu hält sie noch davon ab, nach sozialdemokratischer Art die letzten Konsequenzen ihres Radikalismus zu ziehen und die Liebe zu Kaiser und Reich ebenfalls als leere Rederei zu bezeichnen oder mit blutigem Hohne zu begießen. Im Gegenteil versuchen diese Leute so lange wie möglich auf naive Gemüter dadurch zu wirken, daß sie nur den sozialistischen Kern ihres Programms ein äußerlich aufgeputztes patriotisches Mäntelchen hängen. Es zeugt für den gesunden Sinn der politisch mündigen deutschen Bevölkerung, daß es bislang noch keinem dieser wunderlichen Heiligen gelungen ist in den Reichstag einzuziehen und daß sie vermutlich noch recht lange warten müssen, ehe das Wort von der Partei, die nur aus Offizieren, nicht aber aus Mannschaften besteht, auf sie nicht mehr anwendbar ist. Inzwischen vollziehen diejenigen Kandidaten, denen das Warten zu lange dauert, ihren formellen Übergang zur Sozialdemokratie und erreichen somit auf einem kleinen Umwege ihr erstrebtes Ziel. — Als charakteristisch und für viele Uhrmacher besonders interessant darf hervorgehoben werden, daß ins Kielwasser dieser politischen Strömung auch die Bodenreformer treiben.

Von den großen Parteien bleiben dann die konservative (mit mehreren Zweigen), das Zentrum und die nationalliberale übrig. Der Anschluß an eine von diesen und die Wahl des von ihr aufgestellten Kandidaten wird bei dem einzelnen Uhrmacher in den meisten Fällen von den jeweiligen Verhältnissen des Bezirks, daneben von persönlicher Bekanntschaft und Erfahrung abhängen. Hier wäre es verkehrt und würde jedenfalls aus dem Rahmen dieser Zeitung herausfallen, nach einer bestimmten Seite hin Vorschläge zu machen oder eine Abmachung laut werden zu lassen, vielmehr muß es da für jeden Wähler heißen: nimm deine Stellung, nachdem du genau geprüft hast. Von allen drei Parteien darf behauptet werden, daß sie — in den Einzelfragen mit wechselndem Eifer und Geschick — sich bemüht haben, auch dem gewöhnlichen Mittelstand gerecht zu werden und für dessen Bedürfnisse zu sorgen, allermindestens an sie aus diesen Kreisen heraustretenden Wünschen und Beschwerden ein offenes Ohr zu leihen. Weniger generell läßt sich das von den linksliberalen Parteien und Abgeordneten sagen. Diese sind oft viel zu sehr in Theorien und Prinzipien befangen, und der unentwegte Freisinn predigt gar zu gern die unbeschränkte Freiheit im wirtschaftlichen Leben und die grenzenlose Betätigung des wirtschaftenden Subjekts, wobei er dann vergißt, daß Freiheit ohne Ordnung nicht denkbar ist und daß die Aufrechterhaltung der Ordnung auch dann und wann einmal mit einigen Eingriffen in eine mißbräuchliche Freiheit bezahlt werden muß.

Gewisse grundlegende Forderungen kann jedenfalls der Gewerbetreibende und so auch der Uhrmacher an den Kandidaten jeder Partei stellen, der von ihm seine Stimme bei der bevorstehenden Reichstagswahl verlangt. Dahin gehört zunächst das Verlangen nach Kräftigung und, wo erforderlich, weiteren Ausbau der Handwerksorganisation. Die vor einigen Jahren ins Leben getretenen Handwerkskammern haben sich gut bewährt und werden dies immer mehr tun, je länger sie Zeit haben, sich einzuleben und die Reibungen auszugleichen, die bei fast jeder Neuerung mit Naturnotwendigkeit sich anfangs herausstellen. Aber die Handwerkskammern sind nur der Oberbau, der das ganze Gebäude der Organisation krönt und abschließt.

Sollen sie eine fruchtbringende Tätigkeit zum Segen des gesamten Handwerks ausüben, so muß als tragender Unterbau das Innungs- und Vereinswesen gepflegt werden. Nur hierdurch kann das Handwerk, nach einzelnen Orten und Gewerbszweigen bearbeitet, organisiert und gefördert werden. Die Handwerkskammern haben nur den Wert bürokratischer Behörden, wenn sie sich nicht auf lokale und Branchenorganisationen stützen und sich deren Sachkunde und Mitarbeit nutzbar machen können. Der Zug der Zeit geht heute überall auf Organisation, vielfach sogar zwangsweise, der einzelnen Erwerbsstände, und wer Reichstagsabgeordneter werden will, der muß so viel Kenntnisse der Wirklichkeit und so viel Vorurteilslosigkeit besitzen, daß er nicht gleich das Gruseln vor der Rückkehr mittelalterlicher Zustände bekommt, wenn von dem weiteren Ausbau des Innungswesens und gegebenenfalls von der Förderung des Handwerkervereins- und Genossenschaftswesens die Rede ist. Denn die heutigen Innungen und verwandten Gebilde unterscheiden sich in wesentlichen Zügen von den früheren Zünften.

Weiter ist von der Gesamtheit der Handwerker die Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe zu fordern. Diese Forderung wird wohl auch durchgesetzt werden, weil verschiedene Parteien sich dafür ausgesprochen haben. Für alle nicht direkt den verschiedenen Zweigen des Baugewerbes angehörenden Gewerbetreibenden hat dies den Nutzen eines Präzedenzfalles, insofern dann in einem großen Zweige des Gewerbes der Befähigungsnachweis seinen Nutzen oder Schaden für die Betroffenen und für die Allgemeinheit in der Praxis erweisen kann. Man wird sich dann allmählich die teilweise unbegreifliche heilige Scheu vor jeder Form eines Befähigungsnachweises abgewöhnen, und es nicht mehr als ganz unsinnig oder verwerflich bezeichnen, wenn einmal die Frage zur Erörterung gestellt wird, ob nicht auch in bestimmten anderen Handwerkszweigen Umstände anzuführen sind, welche zu Gunsten der Einführung des Befähigungsnachweises in die Wagschale geworfen werden können, weil dadurch ein Vorteil für die dieses Handwerk Betreibenden und vielleicht auch für die Allgemeinheit, für letztere aber und für andere Erwerbsstände mindestens kein Schaden entstehen würde, dann wird man auch der Unterstützung dieser Frage mit Beziehung auf das Uhrmachergewerbe mit mehr Vorurteilslosigkeit und Verständnis näher treten, als dieses heute geschieht.

Eine dritte grundlegende Forderung des gewerblichen Mittelstandes muß sein: langsames Tempo im Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung. Die Lasten, welche durch diese nicht nur der Industrie, sondern in demselben Maße auch dem Kleingewerbetreibenden auferlegt werden, gehen in die hohen Millionen, lähmen die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande und die Unternehmungslust und Schaffenskraft im Inlande und sind sonst noch mit allerhand Unbequemlichkeiten verbunden. Dabei werden die Wohltaten der Sozialpolitik von der durch die Sozialdemokratie verführten Arbeiterschaft so gut wie gar nicht anerkannt. „Das bißchen Sozialpolitik“ wird als ein ärmliches Almosen ohne Dank und Anerkennung hingenommen, und die Ansprüche wachsen nur immer weiter. Leider kommen viele Regierungsstellen und Politiker den über das Ziel hinauschießenden sozialpolitischen Forderungen viel zu sehr entgegen, zumal kurz vor den Wahlen entwickeln die Parteien einen wahren Wettlauf in der Einbringung sozialpolitischer Forderungen, trotzdem man doch wissen sollte, daß damit kein Hund hinter dem Ofen hervorgehockt, soll heißen, kein zielbewußter roter Genosse für die bürgerlichen Parteien eingefangen wird. Was bisher für die Arbeitnehmer gesetzlich an direkten und indirekten geldwerten Leistungen außer dem Lohn den Arbeit-